



# Lebensmittelsicherheit, Landwirtschaft und Zusammenarbeit in Regulierungsfragen im Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA)



Mit Unterstützung durch



Bildnachweis

Titelbild, Seite 9: “\_1510464” von Rob Franksdad über Flickr, abgeändert. CC by-nc-sac 2.0

Seite 5: “Collapsed Barn” von Eric Parker über Flickr, abgeändert. CC by-nc 2.0



*Lebensmittelsicherheit, Landwirtschaft und Zusammenarbeit in Regulierungsfragen im Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) wird unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-ShareAlike 4.0. veröffentlicht.*

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>Kanadas Erfahrung mit NAFTA</b> .....	<b>6</b>
Landwirtschaft unter NAFTA.....	6
Unternehmenskonzentration in der kanadischen Landwirtschaft.....	6
Lektionen aus der Harmonisierung von Vorschriften und Gesetzen unter NAFTA .....	7
Informelle Zusammenarbeit in Regulierungsfragen bei Pestiziden unter NAFTA.....	7
Pestizide und Investor-Staat-Klagen unter NAFTA .....	9
<b>Das Regulierungssystem in Kanada</b> .....	<b>10</b>
Das Vorsorgeprinzip in Kanada .....	10
Neonikotinoide .....	10
Glyphosat .....	11
Importe von Rind-und Schweinefleisch .....	11
Chloriertes Rind-und Geflügelfleisch .....	12
Lebensmittelsicherheit: Fleisch und lockere Vorschriften .....	12
Ractopamin .....	12
Tierschutz .....	13
Gentechnisch veränderte (G V) Lebensmittel.....	13
GV-Äpfel .....	13
GV-Fisch.....	13
Zum Thema Lebensmittelzusatzstoffe: Lebensmittelfarben.....	14
<b>CETA und Rechtsvorschriften</b> .....	<b>15</b>
Kann unter CETA das Vorsorgeprinzip beibehalten werden? .....	15
Harmonisierung bei GV-Lebensmitteln .....	15
Geographische Angaben.....	15
Feta- ähnlicher Käse aus Kanada .....	16
Zusammenarbeit in Regulierungsfragen in CETA.....	16
Investor-Staat-Klagen gegen europäische Lebensmittelvorschriften unter CETA .....	17
<b>Fazit</b> .....	<b>18</b>
<b>Fußnoten</b> .....	<b>20</b>



# Einleitung

---

***Für uns in der westlichen Welt ist Nahrung etwas Selbstverständliches. Sie bringt Gemeinschaften zusammen. Sie ist unsere Identität. Sie ist Quelle des Lebens.***

***Unsere Lebensmittelstandards spielen für unsere Gesundheit, Lebensqualität und Kultur eine wichtige Rolle. Diese Standards bestimmen, was Landwirte anbauen. Sie bestimmen, womit Landwirte ihr Geld verdienen und was auf unseren Tellern ist.***

Das von der Europäischen Union vorgeschlagene Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada haben weitreichende Auswirkungen auf unsere Nahrung und die sie betreffenden Vorschriften.

Zwar sind sich zahlreiche Europäer des Risikos bewusst, dass durch TTIP die Lebensmittelstandards auf die der USA herabgezogen werden, doch gibt auch CETA in seiner gegenwärtigen Fassung Anlass zu Besorgnis.

Die Erfahrung, die Kanada mit Lebensmittelvorschriften unter dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) gemacht hat, zeigt, dass

Freihandelsabkommen eine reelle Gefährdung der Nahrungsmittelqualität und –sicherheit darstellen. Aus der Erfahrung, die Kanada mit der Harmonisierung von Gesetzen und Vorschriften unter NAFTA gemacht hat, kann man ableiten, was mit CETA auf die Europäische Union zukommt.

Das in Kanada geltende System der Lebensmittelgesetze und –vorschriften enthält zahlreiche strittige Punkte wie die nur zwiespältige Anwendung des Vorsorgeprinzips, gentechnisch veränderte (GV) Lebensmittel, Pestizide, Tierschutz, Chemikalien und Lebensmittelkontrolle. Die Bereiche weisen wesentliche Unterschiede zur EU auf und müssen betrachtet werden, bevor CETA ratifiziert wird.

Darüber hinaus wird ein als “Zusammenarbeit in Regulierungsfragen” bezeichnetes Verfahren die Lebensmittelsicherheitsstandards der EU gefährden. Angesichts der unterschiedlichen in Kanada und der EU geltenden Lebensmittelsicherheitsstandards würden europäische Landwirte mit Lebensmitteln konkurrieren müssen, die zu niedrigeren Standards erzeugt wurden.



# Kanadas Erfahrung mit NAFTA

## Landwirtschaft unter NAFTA

Freihandelsabkommen fördern generell eine exportorientierte Landwirtschaft. Auf beiden Seiten des Atlantiks machen Verfechter von CETA geltend, dass das Abkommen einen Anstieg der Agrarexporte zur Folge haben wird.

Unter dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA), einem Abkommen zwischen Mexiko, den USA und Kanada (und unter einem vorherigen bilateralen Abkommen zwischen den USA und Kanada) hatten Agrarexporte in der Tat zugenommen, was jedoch den Landwirten keine nennenswerten Mehreinnahmen brachte. In allen drei NAFTA-Ländern ist es seit Inkrafttreten des Abkommens zu einer verstärkten Unternehmenskonzentration gekommen, was zu größeren landwirtschaftlichen Betrieben, massivem und nicht nachhaltigem Einsatz von Chemikalien und sinkenden Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse geführt hat. In den USA gibt es Nachweise dafür, dass "NAFTA und die Welthandelsorganisation (WTO) amerikanische Landwirte zwingen, auf Massentierhaltung umzusteigen, um überleben zu können. Rekorderlöse bei landwirtschaftlichen Nettoeinnahmen führen zu Gehältern unterhalb der Armutsgrenze."<sup>1</sup>

In Kanada sprechen die Statistiken für sich:

- Nach dem Canadian Centre for Policy Alternatives werden nahezu 45 Prozent der in Kanada erzeugten Lebensmittel exportiert.<sup>2</sup>
- Agrarexporte stiegen zwischen 1988 und 2007 von \$11 Milliarden auf \$33 Milliarden um das Dreifache. Nach einer Umfrage der National Farmers Union sank das landwirtschaftliche Nettoeinkommen während desselben Zeitraums um mehr als die Hälfte, während sich die Verschuldung der Landwirte verdoppelte.<sup>3</sup>
- In den letzten 40 Jahren hat Kanada 45 Prozent seiner landwirtschaftlichen Betriebe

In den letzten 40 Jahren hat Kanada 45 Prozent seiner landwirtschaftlichen Betriebe verloren. Von 366 128 im Jahr 1970 sank die Zahl der Betriebe auf 204 730 im Jahr 2011.



verloren. Von 366 128 im Jahr 1970 sank die Zahl der Betriebe auf 204 730 im Jahr 2011.<sup>4</sup>

In Mexiko haben unter NAFTA zwei Millionen mexikanischer Landwirte ihre Existenzgrundlage verloren. In derselben Zeit sind die Nahrungsmittelpreise gestiegen. Während der ersten fünf Jahre des Abkommens stieg der Preis von Tortillas um 279 Prozent.<sup>5</sup>

Landwirte erhalten keine fairen Preise für ihre Erzeugnisse. Die Diskrepanz zwischen dem, was Lieferanten zahlen und dem, was Landwirte verdienen, nimmt zu. Die Landwirte und Verbraucher sind dabei die Verlierer.

## Unternehmenskonzentration in der kanadischen Landwirtschaft

Das Agrobusiness in Kanada hat sich stark konzentriert. So liegt beispielsweise die Rindfleischindustrie zu über 90 Prozent in den Händen von zwei ausländischen Unternehmen: Cargill aus USA und GBS aus Brasilien.<sup>6</sup>

Nachstehend ein paar Statistiken zur Konzentration in der Landwirtschaft:

- Rinder, Schweine und Geflügel werden überwiegend in Massentierhaltung gezüchtet. In einigen Mastanlagen werden mehr als 20 000 Rinder oder zwischen 5 000 und 20 000 Schweine gehalten. In Geflügelbetrieben werden bis zu 100 000 Vögel auf engstem Raum zusammengedrängt.
- Laut dem statistischen Amt Statistics Canada ging zwischen 2006 und 2012 die Zahl der

landwirtschaftlichen Betriebe in Kanada im Durchschnitt um 10 Prozent zurück, während die durchschnittliche Größe der Betriebe um 7 Prozent zunahm.<sup>7</sup>

- In der Provinz Saskatchewan schrumpfte die Zahl der Betriebe um 17 Prozent, während die durchschnittliche Größe der Betriebe um 15 Prozent stieg.<sup>8</sup>
- Der am schnellsten wachsende Sektor der landwirtschaftlichen Betriebe besteht aus Farmen mit einem Jahresumsatz von über \$ 1 Million. Deren Zahl stieg zwischen 2010 und 2016 um 36 Prozent.<sup>9</sup>
- In Kanada machen Farmen mit einem Einkommen von \$1 Million oder mehr nur 5 Prozent aller Betriebe, doch rund die Hälfte der kanadischen Lebensmittelproduktion aus.<sup>10</sup>

Laut Professor David Sparling von der University of Western Ontario müssen sich landwirtschaftliche Betriebe entweder vergrößern oder an Unternehmen verkaufen, um ihre Produktivität zu steigern. Es gilt: entweder wachsen oder aussteigen.

Zahlreiche Landwirte verkaufen ihren Hof und steigen aus. Jene, die bleiben, werden häufig zu Pächtern. Unter dem Druck der Schulden verkaufen sie ihr Land an Investoren, von denen sie es dann zurückpachten.

Zwischen den mit NAFTA gemachten Erfahrungen und dem, was mit CETA auf die Europäer zukommt, kann man eine Parallele ziehen.

Unter CETA werden kleine landwirtschaftliche Familienbetriebe weiter sterben und mit ihnen eine jahrhundertealte Lebensweise. Länder mit kleineren Betrieben und Bauern, die mit der Landwirtschaft ihren Lebensunterhalt verdienen, wird es am stärksten treffen.

### **Lektionen aus der Harmonisierung von Vorschriften und Gesetzen unter NAFTA**

**Mit CETA wollen die EU und Kanada "Handelshemmnisse" abbauen, indem sie die gesundheitspolizeiliche (das Leben und die Gesundheit von Menschen und Tieren betreffende) und pflanzenschutzrechtliche**

**Unter CETA werden kleine landwirtschaftliche Familienbetriebe weiter sterben und mit ihnen eine jahrhundertealte Lebensweise.**



**(das Leben und die Gesundheit von Pflanzen betreffende) (SPS) Vorschriften minimieren. SPS-Vorschriften regulieren den Verkehr von Waren, die ein Gesundheitsrisiko darstellen können.**

NAFTA lehnt sich stark an die SPS- Vorschriften des Allgemeinen Zoll-und Handelsabkommens (GATT) an. Das bedeutet, dass Kanada, die USA und Mexiko den Handel nicht über ein "angemessenes" Niveau von Pflanzenschutz hinweg einschränken können.

### **Informelle Zusammenarbeit in Regulierungsfragen bei Pestiziden unter NAFTA**

NAFTA hat ein informelles Verfahren der regulatorischen Zusammenarbeit eingerichtet. 1996 wurde unter NAFTA die Technische Arbeitsgruppe über Pestizide (TWG) eingerichtet, um die Pestizidvorschriften in NAFTA zu harmonisieren.

Bis jetzt hatten Großunternehmen – mit patentgeschützten Pestiziden – dort das Sagen.

Nach dem Forschungsnetzwerk über kanadische Agrarhandelspolitik (Canadian Agricultural Trade Policy Research Network) trifft sich die Pestizid-Arbeitsgruppe alljährlich mit den Beteiligten aus der Pestizidindustrie, Landwirtschaftsverbänden oder Umweltorganisationen. Vieles weist darauf hin, dass Erzeuger mit Patenten über ihren Industrieverband Crop Life sehr stark in das Verfahren eingebunden sind, im Gegensatz zu Herstellern von Generika und Herstellern landwirtschaftlicher Produkte. Den Protokollen der Arbeitsgruppe nach zu urteilen bekleiden dort Vertreter der internationalen Pestizidindustrie und von Regierungsbehörden Schlüsselposten, während Landwirte, NROs und Verbraucher leer ausgehen.<sup>11</sup>

Die Pestizidarbeitsgruppe hat drei Aufgaben:

Aus der Forschung über Harmonisierungsbestrebungen wie bei den Rückstandshöchstgehalten geht hervor, dass die Harmonisierung zum Wachstum des Marktes und der Konzentration der chemischen Industrie geführt hat.



- Bei neuen Pestiziden: ein gemeinsames Prüfungsverfahren;
- Bei älteren Pestiziden: eine gemeinsame Neubewertung und
- Bei Risikobewertung: eine teilweise Harmonisierung.<sup>12</sup>

Zwischen 2016 und 2021 beabsichtigt die Pestizidarbeitsgruppe:

- Rückstandshöchstgehalte – die gesetzlich zulässige Menge von Pestizidrückständen - anzugleichen
- Das gemeinsame Überprüfungsverfahren auf Biopestizide und die Registrierung von Kleinabnehmern auszuweiten
- Unterschiede bei dem Datenbedarf und dem Risikobewertungsverfahren abbauen, was als eine bedeutende Herausforderung angesehen wird.<sup>13</sup>

Glyphosat, der Hauptinhaltsstoff des als "Roundup" bekannten Unkrautvernichtungsmittels, wurde von der Internationalen Krebsforschungsagentur (IARC) der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Roundup enthält andere Substanzen, die ebenfalls gesundheitsschädlich sein sollen. Dieses Pestizid sowie Neonikotinoide sind zwei wichtige vom kanadischen Gesundheitsministerium Health Canada empfohlene Substanzen.<sup>14</sup>

Die Erfolge bei der Harmonisierung unter NAFTA sind gemischt. Die USA und Kanada haben eine Reihe gemeinsamer Rückstandshöchstgehalte für Pestizide vereinbart, was den Verkehr von Lebensmitteln vereinfacht.

Aus der Forschung über Harmonisierungsbestrebungen wie im Fall der Rückstandshöchstgehalte kann man erkennen, dass die Harmonisierung zum Wachstum des Marktes und zur Konzentration der chemischen Industrie geführt hat.<sup>15</sup> Anstatt die Standards für alle Beteiligten fairer zu gestalten, kann die Harmonisierung die Regeln zugunsten von Großunternehmen verändern, indem Markteintrittsbarrieren und Möglichkeiten für Erzeuger aus kleineren landwirtschaftlichen Märkten entsprechend angeglichen werden.<sup>16</sup>

Bei der Registrierung von Pestiziden wird nie auf einen höheren Standard hin harmonisiert.<sup>17</sup> Bei einigen bedeutenden Pestiziden weist die Herangehensweise der drei NAFTA-Länder deutliche Unterschiede auf.

Zum Beispiel ist laut dem Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, Methylbromid (MB) eine ozonschädigende Substanz. Es ist ein Begasungsmittel, das für Saatproduktion und bestimmte Nutzpflanzen verwendet wird. Unter NAFTA sollen die Länder dessen Gebrauch nach und nach einstellen.

Dabei gibt es jedoch keine gemeinsame Vorgehensweise:

- Mexiko ist dabei, den Gebrauch von MB einzustellen, muss jedoch dessen Verbot noch offiziell erlassen.
- Die USA, die ein großer Produzent der Substanz sind, sorgen für die Ausnahmeregelung des "kritischen Verwendungszwecks". In den USA können 4 813,452 Kilogramm Methylbromid für kritische Verwendungszwecke wie für den Erdbeer- und Tomatenanbau und zur Begasung eingesetzt werden.<sup>18</sup>
- Kanada stellt den Gebrauch des Begasungsmittels nach und nach ein, behält sich jedoch für 2017 und 2018 den Gebrauch für kritische Verwendungszwecke vor.<sup>19</sup>



## **Pestizide und Investor-Staat-Klagen unter NAFTA**

---

Wenn auf anderem Wege keine Einigung erzielt werden kann, können Firmen über den Mechanismus zur Schlichtung von Streitigkeiten (ISDS) in Kapitel 11 von NAFTA Klage erheben. Damit verfügen Pestizidhersteller über ein wirksames Mittel zur Anfechtung von politischen Maßnahmen und Vorschriften.

Es wurden mehrere Klagen infolge des Verbots bestimmter Substanzen erhoben, u.a.:

- Lindan, ein Insektenvertilgungsmittel aus Chlorkohlenwasserstoff, das 2005 in Kanada verboten wurde und von einem Beamten der Umweltschutzbehörde der Vereinigten Staaten als „eines der toxischsten, persistentesten und am stärksten bioakkumulierbaren Insektenvertilgungsmittel, das je registriert wurde“ bezeichnet wurde.<sup>20</sup> 2015 bestimmte die Weltgesundheitsorganisation, dass „genug Nachweise“ vorlägen, um Lindan zu einem Humankarzinogen zu erklären.<sup>21</sup> Nachdem Kanada beschlossen hatte, aus diesen Gründen den Gebrauch dieser Chemikalie einzustellen, wurde es von Chemtura, einem der Hersteller dieses Pestizids, unter NAFTA verklagt.
- Methyl-Tertiär-Butyl-Ether (MTBE), ein Benzinzusatzstoff, der in Kalifornien Wasserverschmutzung verursacht hat, wurde dort im Jahr 2004 verboten.<sup>22</sup> In diesem Fall wurde das Verbot von dem kanadischen Unternehmen Methanex angefochten, welches unter Berufung auf Kapitel 11 von NAFTA nahezu eine Milliarde Dollar forderte.

In beiden Fällen verloren die Kläger und die Verbote wurden beibehalten, doch die Kosten der Verteidigung des öffentlichen Interesses waren hoch.

2006 verbot die Provinz Quebec die Verwendung bestimmter chemischer Pestizide

auf Rasenflächen, darunter 2,4-D. Dow AgroSciences kündigte seine Absicht an, die Quebecer Regierung verklagen, doch es kam zu einer Einigung, bevor Klage erhoben wurde.<sup>23</sup> Unter dem Vergleich musste Quebec öffentlich erklären, dass 2,4-D keine Gefährdung der menschlichen Gesundheit darstelle.

Obwohl in diesen Fällen Kanada nicht verpflichtet war, Entschädigungen zu zahlen oder neue Vorschriften zu erlassen, ermöglichen es die ISDS-Bestimmungen, Vorschriften und Normen anzugreifen. Der Harmonisierungsprozess war eindeutig ungleichmäßig. Trotz der zahlreichen Ausschüsse, die mit der Beilegung von Streitigkeiten betraut sind, wurde ISDS in dem Versuch benutzt, die Staaten zur Deregulierung zu zwingen.

Genau das tat das Unternehmen Ethyl Corporation, ein Chemieunternehmen aus den USA, das erfolgreich das kanadische Importverbot seines Benzins, das den Zusatzstoff und das mutmaßliche Nervengift MMT enthält, angefochten hat. Die kanadische Regierung nahm das Verbot zurück und zahlte dem Unternehmen 13 Millionen \$ als Entschädigung für dessen Umsatzeinbußen.

Unternehmen sind jedoch nicht die einzigen, die eine Veränderung von Gesetzen und Vorschriften bewirken können. Infolge einer zwischenstaatlichen Streitigkeit im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten wurde 1996 das in Puerto Rico geltende Verbot von ultrahoherhitzter (UHT) Milch aus Quebec aufgehoben. Die UHT-Milch aus Quebec „wurde nicht gemäß den Bedingungen der Verordnung über pasteurisierte Milch hergestellt“ und entsprach somit nicht den Bedingungen für den Verkauf in Puerto Rico. Kanada erhob Klage unter Berufung auf die Gleichwertigkeit von pasteurisierter und nicht-pasteurisierter UHT-Milch gemäß dem Freihandelsabkommen zwischen den USA und Kanada.<sup>24</sup>



# Das Regulierungssystem in Kanada

---

In Kanada ist das Gesundheitsministerium Health Canada für die Lebensmittelkontrollbehörde (CFIA) und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Lebensmittelsicherheit zuständig. Pestizide werden von der dem Gesundheitsministerium unterstehenden Aufsichtsbehörde für Schädlingskontrolle (PMRA) geregelt.

1993 definierte und beschrieb Health Canada in einem formalen Rahmen die Risikobewertung und den Risikomanagementprozess. 2011 jedoch erklärte Health Canada, es gebe "kein festgeschriebenes, einheitliches Verfahren, das durchweg auf alle Fragen des Gesundheitsschutzes angewandt wird."

Aus dem Bericht von 2015 des Generalsrechnungsprüfers über die PMRA geht hervor, dass in allen fünf geprüften Bereichen die Behörde ihrem vom Gesetz über Schädlingskontrolle (Pest Control Products Act) bestimmten Auftrag des Schutzes der menschlichen Gesundheit, Sicherheit und der Umwelt nicht nachgekommen war.

Die wichtigsten Feststellungen:

- Die PMRA erteilte weiter "bedingte" Zulassungen, welche Unternehmen ermöglichen, noch vor Abschluss der Risikobewertung durch die PMRA ihre Produkte auf den Markt zu bringen.<sup>25</sup>
- Die PMRA machte "ungenügende Fortschritte" bei der Neubewertung älterer Pestizide. Das bedeutet, dass gegenwärtig auf dem kanadischen Markt befindliche Pestizide möglicherweise nicht den geltenden Standards entsprechen und somit die Verbraucher unzumutbar hohen Risiken aussetzen.
- Die PMRA "unterließ es, wenn erforderlich die kumulativen Auswirkungen von Pestiziden auf die Gesundheit zu bewerten".<sup>26</sup>
- In einigen Fällen, in denen die PMRA festgestellt hatte, dass vorhandene Pestizide ein unzumutbar hohes Gesundheitsrisiko darstellten, hatte sie

diese nicht rechtzeitig zurückgerufen.

- Neue Informationen über die Risiken von Pestiziden wurden nicht ausreichend an die Öffentlichkeit weitergeleitet.

Derartige Feststellungen untergraben das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Fähigkeit der Behörde, dafür zu sorgen, dass die menschliche Gesundheit und die Umwelt über den Interessen der Unternehmen stehen.

## Das Vorsorgeprinzip in Kanada

---

Für Health Canada spielt bei der Ordnungspolitik das Vorsorgeprinzip offiziell zwar eine wichtige Rolle, doch in der Praxis ist die Regierung bei dessen Anwendung zwiespältig.<sup>27</sup> Diese Zwiespältigkeit ist teils auf die ständige Weiterentwicklung dieses Konzepts, aber auch auf bestehende gesetzliche Hemmnisse zurückzuführen.

Das erkennt man an der "permissive Haltung" Kanadas gegenüber gentechnisch veränderten (GV) Lebensmitteln. Verglichen mit Europa hat sich Kanada bei der Regulierung von GV-Lebensmitteln sehr viel weniger nach dem Vorsorgeprinzip gerichtet.<sup>28</sup>

Folgende Fälle aus dem Bereich der Pestizide verdeutlichen weiters diese Zwiespältigkeit:

### Neonikotinoide

Neonikotinoide sind Pestizide, die verbreitet als kommerzielle Insektenvertilgungsmittel benutzt werden. 2013 stellte Health Canada bei 70 Prozent der während der Pflanzperiode von Mais und Sojabohnen gesammelten toten Bienen Rückstände davon fest. Die meisten lebenden Bienen wiesen keine Rückstände auf.<sup>29</sup> Health Canada folgerte daraus, dass der "Kontakt mit Neonikotinoiden während [dieses Zeitraums] zu dem Bienensterben der Jahre 2012 und 2013 beigetragen hatte."<sup>30</sup> 2014 erhob Siskinds LLP eine Sammelklage gegen Bayer und Syngenta wegen Fahrlässigkeit bei der Entwicklung, Erzeugung und dem Vertrieb von neonikotinoidhaltigen Pestiziden.<sup>31</sup>

Die Europäische Kommission hatte bereits einige der Chemikalien verboten, nachdem die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit von schädlichen Auswirkungen auf Bienenkolonien und Bestäuber berichtet hatte.<sup>32</sup> Von Health Canada geprüfte Forschungsergebnisse zeigen, dass "die sublethale Exposition langfristige Auswirkungen auf Bestäuber haben kann".<sup>33</sup> In der EU wird dieses Verbot von agrochemischen Unternehmen angefochten, die dagegen Klage erheben.

In Kanada besteht ein Konflikt zwischen dem Ansatz der Provinz Ontario, welche sich ausdrücklich auf das Vorsorgeprinzip beruft, und der Risikomanagementpraxis der Bundesregierung. Die Regierung von Ontario hat 2015 neue gesetzliche Bestimmungen eingeführt, um 2017 die mit neonicotinoidbehandeltem Mais- und Sojabohnensaatgut bepflanzte Hektarfläche um 80% zu reduzieren.<sup>34</sup> Zwar stellte PMRA von Health Canada in einer vorläufigen Bewertung kürzlich fest, dass Imidacloprid – ein neonicotinoidhaltiges Insektenvertilgungsmittel – bei gewissen Bodenbehandlungen "ein potentielles Risiko für Bienen" darstellt, doch befindet sich das Pestizid immer noch in Untersuchung.

Der Leiter der Abteilung Umweltverträglichkeit der PMRA erklärte, dass Neonicotinoide weiterhin auf dem Markt bleiben, da "die Risiken bei angemessenen Abhilfemaßnahmen akzeptabel seien."<sup>35</sup> Obwohl die PMRA vor Abschluss ihrer Neubewertung – welche 2017 oder 2018 fertig gestellt sein soll – einige (allerdings schwache) Abhilfemaßnahmen ergriffen hat, ist es klar, dass die Bundesregierung nicht dem Vorsorgeprinzip gefolgt ist.

Während desselben Zeitraums wird das Pestizid in den USA von der nationalen Umweltschutzbehörde und der kalifornischen Behörde für Pestizidzulassung ebenfalls überprüft.<sup>36</sup> Noch steht nicht fest, ob die PMRA bei ihrer Neubewertung von Imidacloprid zu einer anderen Schlussfolgerung kommen wird. Es bleibt abzuwarten, ob diese Unterschiede in der Herangehensweise Kanada unter CETA einer ISDS-Klage aussetzen.

## **Glyphosat**

Ein weiterer umstrittener Fall ist das Herbizid Glyphosat, ein Wirkstoff, der in Roundup von Monsanto enthalten ist. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend" für Menschen eingestuft.<sup>37</sup>

Im April 2015 kam die kanadische Regierung zu dem Schluss, dass Glyphosat "wahrscheinlich kein Krebsrisiko für den Menschen darstellt."<sup>38</sup> Diese Abweichung von der WHO verheißt nichts Gutes für die Anwendung des Vorsorgeprinzips in Kanada.

Im März 2016 stimmte der europäische Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit gegen die von der Kommission vorgeschlagene Erneuerung der Zulassung von Glyphosat. Im ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel kam es zu einer Blockierung und der Beschwerdeausschuss stimmte im Juni über die Erneuerung ab. Obwohl im Ausschuss am 24. Juni keine Einigung erzielt werden konnte, kündigte die Europäische Kommission am 29. Juni die Verlängerung von Monsanto's Zulassung für Glyphosat an.

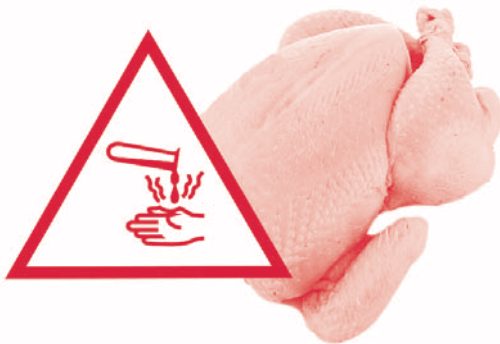
## **Importe von Rind- und Schweinefleisch**

Unter CETA würden die Importe von kanadischem Rind- und Schweinefleisch in die EU um rund 65.000 t Rindfleisch und 80.000 t Schweinefleisch ansteigen.

Das bedeutet, dass die EU den zollfreien Import von 3000 t Bisonfleisch, 30.840 t frischem Rind- und Kalbfleisch und 15.000 t gefrorenem Rind-Kalbfleisch zulassen würde. Aufgrund des WTO – Beschlusses zulasten der EU nach deren Importverbot von hormonbehandeltem Rindfleisch müsste die EU 11.400 t hinzufügen, die zwischen den USA und Kanada zu teilen wären. Ist ein Zolltarif einmal abgeschafft oder eine Quote erhöht, dürfen laut Abschnitt 2 von CETA die Regierungen den Zolltarif oder die vorherige Quote nicht wieder einführen. Gegenwärtig erfüllt Kanada nicht die Exportquoten von CETA, da das Fleisch nicht den europäischen Standards entspricht. Kanada wird möglicherweise Druck auf die EU ausüben, um die Standards zu senken, um diese Quoten zu erfüllen.

## Chloriertes Rind- und Geflügelfleisch

Viele befürchten, dass chloriertes Rind- und Geflügelfleisch aus den USA in die EU gelangt, doch lassen kanadische Vorschriften ebenfalls zu, dass Rind- und Geflügelfleisch mit Chlorwasser gespült und verarbeitet wird.<sup>39</sup> Bis vor kurzem hat die EU diese Importe verboten. Im Jahr 2013 hob die EU als Zeichen guten Willens vor Aufnahme der TTIP-Verhandlungen das Verbot von mit Milchsäure gespültem Rindfleisch auf. Das zeigt, dass die Europäische Union bereit ist, in gewissen Bereichen ihre Standards zu senken, um Handelsabkommen den Weg zu ebnen.



## Lebensmittelsicherheit: Fleisch und lockere Vorschriften

In Kanada wächst die Kontroverse über Probleme bei der Lebensmittelkontrolle von Fleischerzeugnissen, die in die USA exportiert werden, u.a.:

- Im September 2012 fanden Lebensmittelkontrolleure in den USA E. coli-Bakterien in einer Rindfleischlieferung aus dem Werk von XL Foods in Brooks, Alberta.
- Im April 2014 fand man E. coli in Fleisch, das aus demselben Werk in Alberta in die USA exportiert wurde. Dieses Werk ist nun im Besitz des brasilianischen Unternehmens JBS Food Canada. 40% der kanadischen Rinder werden dort geschlachtet.

Mit der Entlassung aus Kostengründen von 100 Lebensmittelkontrolleuren hat die kanadische Lebensmittelkontrollbehörde die Situation zusätzlich verschärft.

2014 wurde E. coli in Fleisch festgestellt, das von einem kanadischen Schlachtunternehmen, in dem 40 Prozent der Rinder in Kanada geschlachtet werden, in die USA exportiert wurde.



## Ractopamin

In Kanada wird Ractopamin, ein Beta- Agonist und Wachstumsförderer, als Tierarzneimittel für Rinder, Schweine und Truthähne verwendet. Bei zahlreichen Studien wurden systemische Auswirkungen und Auswirkungen auf das Herz-Kreislaufsystem in mit Ractopamin behandelten Tieren sowie eine erhöhte Herzfrequenz bei freiwilligen Versuchspersonen festgestellt.<sup>40</sup> Health Canada kam jedoch zu dem Schluss, dass Rückstände in essbarem Gewebe keine gesundheitsschädigenden Auswirkungen für den Menschen haben.

In 160 Ländern - einschließlich der EU - ist Ractopamin aufgrund von Bedenken hinsichtlich der menschlichen Gesundheit verboten. Das Mittel wird in den Tagen vor der Schlachtung verabreicht, so dass keine Clearance-Periode verbleibt, welche die Rückstände für den menschlichen Verzehr verringern würde.<sup>41</sup>

2013 senkte Kanada den in Rind-, Schweine- und Truthahnfleisch zulässigen Rückstandshöchstgehalt. Es harmonisiert diese Vorschriften mit den 2012 veröffentlichten Richtlinien der Codex Alimentarius Commission. Dies geschah, nachdem bei einer Untersuchung von Health Canada festgestellt wurde, dass "Ractopamin nachweislich pharmakologische Auswirkungen auf das Herz-Kreislaufsystem hatte."<sup>42</sup> Andere Länder haben ihre Vorschriften den Werten des gemeinsamen Sachverständigenausschusses für Lebensmittelzusatzstoffe der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und der Weltgesundheitsorganisation angeglichen.

Die Europäische Union bestätigte 2012 das Verbot des Arzneimittels und setzte damit in der Praxis die von der Codex Alimentarius Commission festgelegten Rückstandshöchstgehalte außer Kraft.

In Zukunft würde die Anwendung dieser auf den bestehenden Regeln beruhenden Verbote die EU ISDS- Klagen aussetzen.

In Kanada sieht die Bundesregierung keine Strafen für den Verstoß gegen die Tierschutzvorschriften vor. Diesbezüglich besteht ein weiter Rückstand zur Europäischen Union. Landwirte der EU müssen mit billigeren, weniger humanen Praktiken konkurrieren.



## Tierschutz

In Kanada werden 700 Millionen Tiere zum Verzehr geschlachtet. Die kanadische Bundesregierung sieht keine Strafen für die Nichteinhaltung der freiwilligen Tierschutz-Kodizes vor. Diesbezüglich besteht ein weiter Rückstand gegenüber der Europäischen Union.<sup>43</sup>

In Kanada wird überwiegend Massentierhaltung betrieben. Tiere werden als Produktionseinheiten betrachtet - sie werden auf engstem Raum gezüchtet und während einer kürzestmöglichen Lebensdauer mit so wenig Futter wie möglich versorgt. Fleischerzeuger werden kaum kontrolliert und stehen unter dem Marktdruck, Vieh zum niedrigsten Preis zu züchten. Unter CETA würde Kanada Fleisch von unter diesen Umständen gezüchteten Tieren exportieren. Erzeuger aus der EU wären gezwungen, mit diesen billigeren, aber weniger humanen Praktiken zu konkurrieren.

## Gentechnisch veränderte (G V) Lebensmittel

Kanada ist weltweit einer der größten Erzeuger von gentechnisch modifizierten (GV) Lebensmitteln.

Kanada ist einer der größten Erzeuger von GV-Rapsöl sowie von GV-Mais, -Sojabohnen und -Zuckerrüben.<sup>44</sup>

Die kanadische Lebensmittelkontrollbehörde ist für die Prüfung und Zulassung von GV-Pflanzen zuständig, Health Canada für die Genehmigung des Verkaufs von GV-Lebensmitteln für den menschlichen Verzehr.

Health Canada "ist sich keiner wissenschaftlichen Veröffentlichung bewusst, die nachweise, dass neue [G V] Lebensmittel weniger sicher

als herkömmliche Lebensmittel sind."<sup>45</sup> Aus diesem Grund ist bei der Erstellung eines Lebensmittels die Angabe der Herstellungsmethode - einschließlich gentechnischer Veränderungen - nicht obligatorisch, freiwillige Kennzeichnung ist allerdings zulässig.<sup>46</sup>

Die EU hingegen hat die obligatorische Kennzeichnung für jedes Produkt beschlossen, das gentechnisch verändert wurde (das mehr als 0,9% gentechnisch veränderter Zutaten enthält).<sup>47</sup> Laut der Nulltoleranz-Regel der EU ist ein Anteil von 0,1% an nicht zugelassenem, gentechnisch modifiziertem Saatgut zulässig.

Obwohl die EU keine GV-Nutzpflanzen für den direkten menschlichen Verzehr verwendet, sind zwei davon zur Verwendung in Viehfutter erlaubt und die GV-Sojabohnen aus Kanada finden in der EU breite Verwendung.

## GV-Äpfel

Im März 2015 erteilte die kanadische Lebensmittelkontrollbehörde einem Unternehmen aus British Columbia, Okanagan Specialty Fruits In., die Zulassung, eine Marke von GV-Äpfeln in Kanada anzubauen und zu verkaufen.<sup>48</sup> Diese Äpfel wurden modifiziert, um bei Druckstellen und Einschnitten nicht zu bräunen. Kanadische Apfelexporte in die EU werden zunehmen, da der jahreszeitabhängige Zolltarif auf kanadische Äpfel (bis zu 9%) weggefallen wird.<sup>49</sup> Es ist daher möglich – und sogar wahrscheinlich – dass kanadische GV-Äpfel in Europa auf den Markt kommen.

## GV-Fisch

Im November 2015 erteilte die US-amerikanische Food and Drug Administration einem amerikanischen Unternehmen die Zulassung, seinen GV-Fisch als Lebensmittel zu vermarkten. Health Canada könnte ähnlich verfahren. Dieser Lachs enthält ein Wachstumshormon des Königslachses und ein Gen der Nordamerikanischen Aalmutter – ein aalähnlicher Fisch - welche bewirken, dass der Fisch doppelt so schnell heranreift. Das ergibt einen Fisch, der anstatt nach den üblichen drei Jahren schon nach anderthalb Jahren groß genug ist, um gegessen zu werden. Im Mai 2016 kündigten Health Canada und die kanadische Lebensmittelkontrollbehörde

an, dass der gentechnisch veränderte Lachs von AquaBounty in Kanada zum Verkauf als Lebensmittel zugelassen worden war.

Das ist das erste gentechnisch veränderte Tier, das in Kanada für Menschen und Tiere zum Verzehr zugelassen wurde, ob in Form von Fischfilets, Fischöl oder Fischmehl. Und in Kanada ist das Unternehmen nicht dazu verpflichtet, das Produkt in den Supermärkten entsprechend zu kennzeichnen. Der Zolltarif für Lachs, der derzeit bis zu 15% beträgt, wird unter CETA abgeschafft, so dass mehr kanadischer Lachs in Europa auf den Markt kommt.



### **Thema Lebensmittelzusatzstoffe: Lebensmittelfarben**

2012 führte Health Canada ein neues System zur Regulierung von Lebensmittelzusatzstoffen und Optimierung des Regulierungsprozesses ein. Food and Consumer Products of Canada, der größte Industrieverband, der die kanadische Lebensmittel-, Getränke- und Konsumgüterunternehmen vertritt, begrüßte diese Veränderung.<sup>50</sup> Mit diesem neuen System verkürzte Health Canada die Wartezeiten bis zur Zulassung von Lebensmittelzusatzstoffen oder zur Befassung mit Bedenken im Hinblick auf einen bestehenden Zusatzstoff.

Health Canada verfügt über 15 Listen von zugelassenen Lebensmittelzusatzstoffen wie Süßungsmittel, Konservierungsstoffe, Festigungsmittel und andere Substanzen. In Bezug auf Farbstoffe besagt die gegenwärtige Verordnung, dass Lebensmittelhersteller Lebensmittelfarben mit ihren gebräuchlichen Bezeichnungen, z. B. "Echtgrün FCF," oder einfach mit "Farben" kennzeichnen können

Das wirft verschiedene Probleme

auf, unter anderem:

- Wenn die Bezeichnung "Farben" verwendet wird, sind die Informationen für Verbraucher mit Unverträglichkeiten unzureichend.<sup>51</sup>
- Es gibt keine Warnhinweise bei dem Einsatz synthetischer Farben. Obwohl 2010 Interessenvertreter Bedenken geäußert und Empfehlungen zur Kennzeichnung von Lebensmitteln für Kinder abgegeben hatten, antwortete Health Canada, dass es "keine Warnhinweise auf vorverpackten Lebensmitteln mit bestimmten synthetischen Farben in Betracht ziehe."<sup>52</sup> Und das, obwohl zahlreiche Studien festgestellt haben, dass Lebensmittelfarben bei manchen Kindern das Verhalten beeinträchtigen und sich die Vermeidung von Lebensmittelfarben positiv auf Kinder mit ADHD-Symptomen auswirkt.<sup>53</sup>

Einige Lebensmittelfarben sind in Kanada, aber nicht in Europa zugelassen.

- Echtgrün FCF ist in der EU, jedoch nicht in Kanada verboten, desgleichen Citrus Red Nr. 2 (obwohl es in der EU für "beschränkte Nutzung" zugelassen ist).<sup>54</sup>
- Andere Farben sind nicht in der gesamten EU, sondern nur in bestimmten Mitgliedstaaten verboten, wie zum Beispiel: Allurarot (zugelassen in Kanada, aber verboten in Dänemark, Belgien, Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Schweden, Österreich und Norwegen), Ponceau SX, Brilliantblau FCF, Indigokarmin und Tartrazin.<sup>55</sup>

Auch die unterschiedlichen Zugänge zu Lebensmittelkennzeichnung könnten möglicherweise einer Harmonisierung unterzogen werden. So sind in Europa zum Beispiel Warnhinweise auf Lebensmitteln erforderlich, die eine von sechs synthetischen Farben enthalten, darunter die weit verbreiteten Farben Tartrazin, Gelborange-S und Allurarot. Die Kennzeichnung lautet: "kann die Aktivität und Aufmerksamkeit bei Kindern beeinträchtigen."<sup>56</sup> Lebensmittel mit anderen Zusatzstoffen wie Aspartam, Koffein und Süßungsmitteln müssen ebenfalls mit Warnhinweisen versehen werden.<sup>57</sup> Angesichts der unterschiedlichen Ansätze bei Lebensmittelfarben wird wahrscheinlich Zusammenarbeit in Regulierungsfragen erforderlich sein und die Unternehmen werden versuchen, die am wenigsten einschränkenden Standards zu erwirken.

# CETA und Rechtsvorschriften

---

## Kann unter CETA das Vorsorgeprinzip beibehalten werden?

---

Das Vorsorgeprinzip wird geltend gemacht, "wenn ein Phänomen, ein Erzeugnis oder ein Verfahren eine durch eine wissenschaftliche und objektiver Bewertung belegte gefährliche Auswirkung haben kann, wenn bei dieser Bewertung das Risiko nicht mit ausreichender Sicherheit bestimmt werden kann."<sup>58</sup> Das bedeutet, dass bei wissenschaftlicher Unsicherheit die Beweislast bei dem Entwickler des Produktes liegt, der dessen Unbedenklichkeit nachweisen muss, und nicht bei der Regierung und Gesellschaft, die nachweisen müssen, dass es gefährlich ist.

Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström erklärte, sie werde das "Vorgehen nach dem Vorsorgeprinzip bei der Regulierung in Europa in TTIP und allen anderen Abkommen verteidigen."

Am Fall des EG-Hormonverbots ist jedoch zu erkennen, dass das Vorsorgeprinzip einer Investor-Staat-Streitigkeit möglicherweise nicht standhalten kann. Als Folge der BSE-Krise verbot die europäische Kommission den Import von mit künstlichen Hormonen behandeltem Fleisch. 1997 fochten Kanada und die Vereinigten Staaten dieses Verbot bei der Welthandelsorganisation (WTO) an – und erhielten Recht. Das Vorsorgeprinzip, das zwar im internationalen Umweltrecht als Rechtsbegriff anerkannt wird, wurde vom Berufungsgremium der Welthandelsorganisation für nicht gültig erklärt.<sup>59</sup>

Darüber hinaus werden von CETA die gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften der WTO anerkannt und übernommen (Artikel 5.4). Dabei handelt es sich um dieselben Regeln der WTO, die bei der Anfechtung des Einfuhrverbots der EU von hormonbehandeltem Rindfleisch geltend gemacht wurden.

Es bleiben viele kritische Fragen offen, wie CETA innenpolitische Maßnahmen und das Recht zur Regulierung beeinflussen wird.<sup>60</sup>

## Harmonisierung bei GV-Lebensmitteln

---

Europa hat sich über den in CETA vorgesehenen bilateralen Dialog zu Marktzugang für Biotech zur Zusammenarbeit in Biotech-Fragen verpflichtet.<sup>61</sup> Die Arbeitsgruppe wird Themen wie den Rückstandsgehalt in GV-Lebensmitteln behandeln. Die Parteien haben sich engagiert, die "nachteiligen Auswirkungen regulatorischer Praktiken auf den Handel im Bereich von Biotechnologie-Produkten" zu minimieren", einen „effizienten, wissenschaftsbasierten Zulassungsprozess für Biotechnologieprodukte zu fördern“<sup>62</sup> und in Fragen wie bei dem Auftreten von Spuren von GV-Lebensmitteln zusammenzuarbeiten. Bei CETA- Verhandlungen hat sich Europa bereits verpflichtet, die kanadischen Vorschläge für Raps zügig durch den Regulierungsprozess der EU laufen zu lassen.<sup>63</sup>

Laut dem Canadian Centre for Policy Alternatives wird die in CETA vorgesehene Zusammenarbeit in Regulierungsfragen "der Industrie neue Wege öffnen, um Druck auszuüben und die Lebensmittelsicherheitsstandards der EU zu schwächen."<sup>64</sup> 2015 verabschiedeten die Mitglieder des Europäischen Parlaments neue Regeln, denen zufolge EU-Mitgliedstaaten selber über den Anbau von GV-Nutzpflanzen entscheiden können und die Möglichkeit haben, ein landesweites Verbot über den Anbau von GV-Nutzpflanzen zu verhängen.<sup>65</sup> Obwohl bei landesweiten Verboten nicht die Rede von Importen ist, könnten sie durch eine ISDS-Klage angefochten werden.

## Geographische Angaben

---

Geographische Angaben sind Namen oder Symbole zur Kennzeichnung von Produkten, die einem spezifischen geographischen Standort entsprechen. Sie wirken wie eine Marke, die Kunden anzieht und den Erzeugern ermöglicht, einen Premium-Preis zu erheben. Sie garantieren auch eine gewisse Qualität bei der Produktion und beachten genaue Richtlinien. Im Gegensatz zu Handelsmarken können sie wieder ge-noch verkauft werden.<sup>66</sup> Sie gehören den regionalen, von einem

Verband anerkannter Erzeugern. Mit der Aufnahme der geographischen Angaben in das Übereinkommen der Welthandelsorganisation über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) sind sie ebenfalls in internationalen Handelsabkommen verankert.

In CETA sind nur 10% der geographischen Angaben der EU geschützt.



### Feta- ähnlicher Käse aus Kanada

Die EU hat die Anerkennung geographischer Angaben bei Lebensmitteln in CETA gefordert – diese Rechte wurden der EU für die Käsesorten Asiago, Feta, Fontina, Gorgonzola und Munster zuerkannt.<sup>67</sup> Damit wäre es für kanadische Hersteller illegal, bestimmte Namen oder Symbole für ihre Produkte zu verwenden.

Zwar sind 145 europäische Lebensmittelnamen in Kanada geschützt und auch Wein und Spirituosen genießen aufgrund bestehender Abkommen einen gewissen Schutz, der jedoch tausenden europäischer geographischer Angaben noch nicht zuteilwird. So sind z. B. Cornish Pasties (Cornwall-Pasteten) und Wensleydale-Käse aus Yorkshire nicht geschützt. Neben den 145 geographischen Angaben werden auf dem kanadischen Markt zusätzlich noch 20 Weine und Spirituosen gemäß dem 2003 unterzeichneten Abkommen zwischen der EU und Kanada über diese Produkte geschützt. Mehr als 1400 geographische Angaben sind jedoch von der EU als eingetragen oder als in Eintragung befindlich anerkannt. Damit sind nur 10% der geographischen Angaben in CETA geschützt.<sup>68</sup>

Darüber hinaus können Kanadier unter CETA Versionen von geschützten Produkten verkaufen, indem sie das Wort “ähnlich” hinzufügen. So können sie zum Beispiel Feta-ähnlichen Käse verkaufen.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels lagen noch keine geschützten kanadischen geographischen Angaben vor.<sup>69</sup>

## Zusammenarbeit in Regulierungsfragen in CETA

Kapitel 21 von CETA sieht ein Forum für Zusammenarbeit in Regulierungsfragen vor, um Regulierungsinitiativen zu prüfen, die entweder im Gange sind oder erwartet werden.<sup>70</sup> Das setzt ein Verfahren in Bewegung, über das sich Regierungsbeamte untereinander über regulatorische Änderungen informieren und absprechen. Mit diesem systemischen Dialog will man sich bemühen, die Vorschriften so effizient und niedrig wie möglich zu gestalten. An diesem Dialog können auch Industrien und Lobbys von beiden Seiten des Atlantiks teilnehmen. Aus Erfahrungen mit einem ähnlichen Prozess in NAFTA kann man schließen, dass NROs und die zivile Gesellschaft wohl kaum mit einbezogen werden und schon gar nicht auf gleichberechtigter Basis. Außerdem sind die Schwerpunkte grundsätzlich anders geartet, wie zum Beispiel die Association internationale de techniciens, experts et chercheurs bemerkte: “[Nun, das, was Unternehmen und ihre Verbündeten als Handelshemmnisse betrachten, sind für uns gesundheitspolizeiliche, ökologische, industrielle und technische Normen und Vorschriften, die vom Gemeinwillen vorgegeben wurden.”<sup>71</sup>

Artikel 21.4.d im Kapitel über Zusammenarbeit in Regulierungsfragen besagt, dass die Parteien bestrebt sein werden, “die andere Partei so früh wie möglich über geplante technische, gesundheitspolizeiliche oder Pflanzenschutzvorschriften zu informieren, so dass Kommentare und Änderungsvorschläge berücksichtigt werden können”. Das bedeutet, “die andere Partei möglicherweise noch vor den Parlamenten über Informationen zu Gesetzesvorschlägen verfügt.”<sup>72</sup>

Eine in CETA definierte Form der Zusammenarbeit in Regulierungsfragen ist die gegenseitige Anerkennung, welche die Art und Weise bestimmt, in der Produkte in die EU (oder nach Kanada) gelangen. In einem bilateralen Abkommen bedeutet gegenseitige Anerkennung, dass die Standards eines Landes als mit denen des anderen Landes gleichwertig betrachtet werden. Das könnte erhebliche Auswirkungen für europäische Landwirte haben. Interessengruppen könnten sich auf diese Vorschrift (Artikel 21.4) berufen, um



zu erwirken, dass europäische Standards im Interesse der "Wettbewerbsgleichheit" denen seiner Konkurrenten angeglichen werden." Und wenn diese Standards verändert werden, könnte das für europäische Landwirte Marktverluste zur Folge haben, da sie auf einmal keinen komparativen Kostenvorteil mehr besitzen.

Biotechnologie ist ein wichtiger Bereich für die geplante Zusammenarbeit in Regulierungsfragen und wird in Kapitel 25 behandelt. Die Zusammenarbeit wird als eines der Ziele der bilateralen Arbeitsgruppe aufgeführt,<sup>73</sup> mit dem Vermerk, dass die Gruppe "international in Biotechnologie betreffenden Fragen zusammenarbeiten wird, wie zum Beispiel bei Spuren von gentechnisch veränderten Organismen."

Pestizide sind ein weiterer Bereich der Zusammenarbeit in Regulierungsfragen. Die Unterschiede bei Rückstandshöchstgehalten von Pestiziden geben eine Vorstellung von der Herausforderung, die beiden Parteien bevorsteht. Zwischen Kanada und der EU bestehen bei Pestizid- Standards erhebliche Unterschiede. Die EU besitzt einige der strengsten Standards für die meisten der im Codex Pesticides Residues in der Datenbank Food Online Database aufgeführten Pestizide.<sup>74</sup>

Obwohl bei den meisten Pestiziden diese Rückstandshöchstgehalte ähnlich wie in Kanada sind, gibt es doch einige bedeutende Unterschiede:

- Rückstandshöchstgehalte in Äpfeln:
  - der Rückstandshöchstgehalt für Zarma beträgt 0.1 Parts per Million in der EU und 7 in Kanada und den USA
  - der Rückstandshöchstgehalt für Thora beträgt 5 in der EU und 7 in Kanada und den USA

In einigen Fällen sind die Rückstandshöchstgehalte in Kanada höher als die im Codex vorgegebenen. Beispiele dafür sind Rückstandshöchstgehalte in Äpfeln für Acetamiprid, Mathathion, Thiram und Ziram oder auch Fälle, in denen gar keine Rückstandshöchstgehalte festgelegt wurden.<sup>75</sup>

Kurz gesagt wurden viele umstrittene Bereiche aus dem Text von CETA ausgelassen und sollen

in künftigen Verhandlungen geregelt werden. Sollte die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen zu keinem Ergebnis kommen - was angesichts der bedeutenden Unterschiede zwischen den Regulierungssystemen in Kanada und der EU verständlich wäre - könnten diese Punkte Anlass zu ISDS-Klagen geben. Die kanadische Erfahrung mit den ISDS-Vorschriften zeigt, dass selbst bei erfolgreicher Zusammenarbeit in Regulierungsfragen diese noch längst keinen Schutz gegen Klagen von Investoren gewährt.

Der Anhang 5-D von CETA fordert die Parteien auf, auf gesundheitspolizeiliche und Pflanzenschutzmaßnahmen zu verzichten, die ungerechtfertigte Handelshemmnisse darstellen und auf gegenseitige Anerkennung von Normen und Verfahren bei Zulassungen und Kontrollen hin zu arbeiten.<sup>76</sup> Mit dieser gegenseitigen Anerkennung müsste die EU bestimmte kanadische Einfuhrbestimmungen akzeptieren.

### **Investor-Staat-Klagen gegen europäische Lebensmittelvorschriften unter CETA**

Das Vorsorgeprinzip ist im Vertrag von Lissabon verankert und wird von der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström als "eines der wichtigsten Instrumente" im europäischen Entscheidungsprozess betrachtet.<sup>77</sup> Im internationalen Handelsrecht konnte das Vorsorgeprinzip jedoch nicht bestehen.

Das führte zu einem kostspieligen Urteil im Fall der Streitigkeit um das EG-Hormonverbot zwischen der EG, Kanada und den USA. Die Entscheidung der Welthandelsorganisation - gegen die die europäische Gemeinschaft Berufung eingelegt und verloren hatte - führte zur Verhängung von Strafzöllen in Höhe von \$116.8 Millionen US-Dollar pro Jahr seitens der USA und \$11.3 Millionen kanadische Dollar seitens Kanada. Einige landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU wurden von Kanada und den USA mit einem Wertzoll von 100% belegt.<sup>78</sup>

Wenn die EU hofft, Streitigkeiten unter CETA zu vermeiden, hängt viel davon ab, wie das Vorsorgeprinzip angewandt wird und ob es ein unnötiges Handelshemmnis darstellt. Zum Beispiel müssen nach Kapitel 12 über nationale Vorschriften die Parteien dafür sorgen, dass die Zulassungs- und Qualifizierungsverfahren so einfach wie möglich sind und die

Erbringung einer Dienstleistung oder die Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht unnötig erschweren oder verzögern.“<sup>79</sup>

Wenn das Vorsorgeprinzip angewandt wird, um die Erbringung einer Dienstleistung zu verzögern, gäbe das Anlass zu einem Rechtsstreit. Unter Bezugnahme auf den Wortlaut von Kapitel 21 von CETA (die Verpflichtung, „gegebenenfalls eine gemeinsame wissenschaftliche Grundlage zu schaffen“<sup>80</sup>) könnte versucht werden, das Vorsorgeprinzip bei einem Rechtsstreit zu kippen.<sup>81</sup> Ferner zeigen Untersuchungen von kanadischen Biotech-Firmen, dass die massive Abhängigkeit von von der Industrie bereitgestellten Daten und Informationen kaum eine unabhängige wissenschaftliche Bewertung erhoffen lässt.<sup>82</sup>

Trotz der Klausel über das “Recht auf Regulierung” in den Kapiteln über Investitionen, Handel, und Umwelt von CETA lassen die Schwäche des regulatorischen Schutzes

und frühere Entscheidungen des Panels Zweifel daran aufkommen, ob es möglich sein wird, dieses Recht zu wahren.<sup>83</sup>

Die Klausel der “allgemeinen Ausnahmen” in Kapitel 28 von CETA wurde nach Artikel XX des Allgemeinen Zoll-und Handelsabkommens formuliert. Es wurde bisher noch nicht in einem Schiedsverfahren getestet.<sup>84</sup> Die Ausnahme besagt, dass “eine Partei eine Maßnahme beschließen und durchführen kann, die für den Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Personen und Tieren oder die Erhaltung des Pflanzenwuchses [...] erforderlich ist.”<sup>85</sup> Es ist jedoch unklar, was hier mit “erforderlich” gemeint ist, da dieser Begriff im Investitionsrecht ebenfalls noch nicht getestet wurde.<sup>86</sup> Nach dem Bericht des Canadian Centre for Policy Alternatives, “ kann, selbst wenn Ausnahmen angewandt werden, es sehr schwer sein, die Notwendigkeit einer Maßnahme nachzuweisen.”<sup>87</sup>

## Fazit

---

Lebensmittelvorschriften schützen die Werte, die die Qualität und die Art der Lebensmittelproduktion in der Europäischen Union bestimmen.

Die Erfahrung, die Kanada mit NAFTA gemacht hat, zeigt, dass die Exportorientierung zur zunehmenden Größe und verstärkten Konzentration von landwirtschaftlichen Betrieben führt und Massentierhaltung begünstigt. Es ist wahrscheinlich, dass CETA ähnliche Auswirkungen haben wird. Man muss jedoch bedenken, dass es dem Verbrauchertrend zuwiderläuft, da eine zunehmende Nachfrage nach gesunden, regional und von Kleinbauern angebauten Lebensmitteln besteht. International fordern Verbraucher und Verfechter der Lebensmittelsouveränität das Modell der Kleinbauern im Interesse der Umwelt und in dem Streben nach gesünderen, schmackhafteren und besser erzeugten Lebensmitteln.

Aus der Erfahrung Kanadas mit der informellen regulatorischen Harmonisierung und Investor-Staat-Klagen im Rahmen von NAFTA kann

man ableiten, dass CETA ähnliche negative Auswirkungen auf Lebensmittel- und Sicherheitsvorschriften haben wird. Angesichts dessen, was wir über die Auswirkungen von NAFTA auf die Lebensmittelsicherheit wissen, sollte CETA Anlass zu großer Besorgnis geben.

Darüber hinaus sind viele geltende kanadische Vorschriften über Lebensmittelqualität, GV-Lebensmittel, Pestizide, Lebensmittelfarbstoffe, chlorbehandeltes Hühnerfleisch und Tierschutz längst nicht so streng wie die EU-Vorschriften. Die Europäer müssen wissen, woraus diese Praktiken bestehen - und inwieweit ihre eigenen Vorschriften geschwächt werden könnten - bevor sie über CETA entscheiden.

Da Kanada zum Beispiel auf Bundesebene keine Strafen für den Verstoß gegen Tierschutznormen vorsieht, würden europäische Landwirte wahrscheinlich in direkter Konkurrenz mit Landwirten stehen, die Tiere unter inhumanen und billigeren Bedingungen züchten. Selbst ohne Änderungen der EU- Vorschriften würden europäische Landwirte direkt mit Landwirten

konkurrieren, die unter völlig anderen regulatorischen Bedingungen produzieren.

Der Text von CETA und der Verhandlungsprozess geben beide großen Anlass zur Besorgnis. So werden zum Beispiel in CETA im Verhältnis zu den in Europa existierenden geographischen Angaben nur sehr wenige geographische Angaben geschützt

In CETA gibt es keine Verpflichtung, die besagt, dass lebensmittelpolitische Maßnahmen die menschliche Gesundheit schützen müssen. Es reicht, dass sie den Handel möglichst wenig einschränken und die gesundheitspolizeilichen und Pflanzenschutzvorschriften einhalten. Bei der Zusammenarbeit in Regulierungsfragen, die wie bei NAFTA wahrscheinlich auf eine Schwächung der Vorschriften hinauslaufen wird, werden Verbraucher und Gesundheitsaktivisten kaum einbezogen werden. In einem Bericht des Europäischen Parlaments zu TTIP aus dem Jahr 2014 wird das Risiko einer Harmonisierung nach unten anerkannt "welche die traditionelle Politik der Vorsorge und des Risikomanagements untergraben könnte, auf der das gegenwärtige regulatorische Rahmenwerk beruht."<sup>88</sup>

Bei den CETA-Verhandlungen wurde das Vorsorgeprinzip bereits ins Visier genommen. Sollte es zu Investor-Staat-Klagen kommen, ist es unklar, ob die grundlegenden europäischen Werte wie das Vorsorgeprinzip aufrecht erhalten werden können. Bei der Zusammenarbeit in Regulierungsfragen im Bereich der GV-Lebensmittel scheint sich eine Tendenz zugunsten der GVOs abzuzeichnen.

Unter CETA wird das Zollkontingent für kanadisches Fleisch auf 80.000 t Schweinefleisch und 65.000 t Rindfleisch erhöht. Diese neuen Kontingente würden über einen Zeitraum von drei bis sieben Jahren eingeführt werden. Dies wurde beschlossen, bevor Großbritannien für den Austritt aus der Europäischen Union stimmte. Ohne Großbritannien, dem größten Exportpartner Kanadas in der EU, sind die Kontingente nach Ansicht zahlreicher Analytiker übermäßig hoch und würden die kontinentaleuropäischen Landwirte, die aufgrund niedriger Landwirtschaftspreise bereits in der Krise stecken, stark belasten.

Der Anwendungsbereich und der Inhalt von CETA und TTIP weisen zahlreiche Gemeinsamkeiten

auf. Obwohl manchen ein Abkommen mit Kanada nicht so gefährlich wie ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten erscheint, sind viele amerikanische Praktiken in Kanada gang und gäbe und daher genauso besorgniserregend. Wenn CETA ratifiziert wird, steht für Kanadier wie für Europäer viel auf dem Spiel.

1. <http://www.inmotionmagazine.com/bcbrasil.html>
2. <https://www.policyalternatives.ca/publications/monitor/food-sovereignty-canada>
3. <http://www.nfu.ca/story/agricultural-impacts-ceta>
4. <http://www.nfu.ca/story/agricultural-impacts-ceta>
5. <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2013/11/24/what-weve-learned-from-nafta/under-nafta-mexico-suffered-and-the-united-states-felt-its-pain>
6. <http://www.nfu.ca/story/agricultural-impacts-ceta>
7. Family farms are fewer and larger, StatsCan says," The Globe and Mail, May 10 2012.
8. Family farms are fewer and larger, StatsCan says," The Globe and Mail, May 10 2012.
9. Family farms are fewer and larger, StatsCan says," The Globe and Mail, May 10 2012.
10. Family farms are fewer and larger, StatsCan says," The Globe and Mail, May 10 2012.
11. Dan Badulescu and Kathy Baylis, 2006, "Pesticide Regulation Under NAFTA: Harmonization in Process?" Canadian Agricultural Trade Policy Research Network (CATPRN), 22, <http://pesticidetruths.com/wp-content/uploads/2011/11/Reference-24-D-2006-11-00-NAFTA-Pesticide-Regulation-Under-NAFTA.pdf>.
12. Health Canada, 2015, "North American Free Trade Agreement Technical Working Group on Pesticides—Accomplishments Report for the period 2008-2013," [http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pubs/pest/\\_corp-plan/nafta-alena-2008-2013/index-eng.php#a2-2](http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pubs/pest/_corp-plan/nafta-alena-2008-2013/index-eng.php#a2-2).
13. Health Canada, 2016, "North American Free Trade Agreement Technical Working Group on Pesticides—Five-Year Strategy 2016-2021," [http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pubs/pest/\\_corp-plan/nafta-alena-2016-2021/index-eng.php](http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pubs/pest/_corp-plan/nafta-alena-2016-2021/index-eng.php).
14. Ibid.
15. Dan Badulescu and Kathy Baylis, 2006, "Pesticide Regulation Under NAFTA: Harmonization in Process?" Canadian Agricultural Trade Policy Research Network (CATPRN), 22, <http://pesticidetruths.com/wp-content/uploads/2011/11/Reference-24-D-2006-11-00-NAFTA-Pesticide-Regulation-Under-NAFTA.pdf>.
16. Ibid., 22.
17. Badulescu and Baylis, "Pesticide Regulation Under NAFTA: Harmonization in Process?" 16.
18. EPA, 2007, "EPA Authorizes Critical Uses of Methyl Bromide for 2008," <https://yosemite.epa.gov/opa/advpress.nsf/eebfaebc1afd883d85257355005afd19/2ea8e3e38d659cd4852573b7005916f9!opendocument>.
19. Government of Canada, "Notice to anyone engaged in the use of Methyl Bromide," CEPA Environment Registry, last modified 2 June 2015, <https://www.ec.gc.ca>.
20. Andrew Schneider, "Banned pesticide allowed as medicine," The Baltimore Sun, 14 August 2006, [http://articles.baltimoresun.com/2006-08-14/news/0608140163\\_1\\_lindane-pesticide-lice](http://articles.baltimoresun.com/2006-08-14/news/0608140163_1_lindane-pesticide-lice).
21. WHO, "IARC Monographs evaluate DDT, lindane, and 2,4-D," Press Release No. 236, International Agency for Research on Cancer [https://www.iarc.fr/en/media-centre/pr/2015/pdfs/pr236\\_E.pdf](https://www.iarc.fr/en/media-centre/pr/2015/pdfs/pr236_E.pdf)
22. Environment and Climate Change Canada, "Use and Releases of Methyl Tertiary-Butyl Ether (MTBE) in Canada," last modified 24 April 2013, <https://www.ec.gc.ca/lcpe-cepa/default.asp?lang=En&n=C24EA637-1&offset=3>
23. Scott Sinclair, 2015, "NAFTA Chapter 11 Investor-State Disputes to January 1, 2015," Canadian Centre for Policy Alternatives, [https://www.policyalternatives.ca/sites/default/files/uploads/publications/National%20Office/2015/01/NAFTA\\_Chapter11\\_Investor\\_State\\_Disputes\\_2015.pdf](https://www.policyalternatives.ca/sites/default/files/uploads/publications/National%20Office/2015/01/NAFTA_Chapter11_Investor_State_Disputes_2015.pdf).
24. Final Report of the Panel Under Chapter 18 of the Canada-United States Free Trade Agreement, 3 June 1999, <http://www.sice.oas.org/dispute/uscanfta/Uc93010e.asp>.
25. Office of the Auditor General of Canada, 2015, "Reports of the Commission of the Environment and Sustainable Development," 3, [http://www.oag-bvg.gc.ca/internet/docs/parl\\_cesd\\_201512\\_01\\_e.pdf](http://www.oag-bvg.gc.ca/internet/docs/parl_cesd_201512_01_e.pdf).
26. Ibid., 9.
27. Health Canada, "Decision-Making Framework for Identifying, Assessing and Managing Health Risks—1 August 2000."
28. Law Library of Congress, "Restrictions on Genetically Modified Organisms: Canada," last modified 6 September 2015, [https://www.loc.gov/law/help/restrictions-on-gmos/canada.php#\\_ftn21](https://www.loc.gov/law/help/restrictions-on-gmos/canada.php#_ftn21).
29. Health Canada, "Update on Neonicotinoid Pesticides and Bee Health," PRMA, 25 November 2014, [http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pubs/pest/\\_fact-fiche/neonicotinoid/neonicotinoid-eng.php](http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pubs/pest/_fact-fiche/neonicotinoid/neonicotinoid-eng.php).
30. Ibid.
31. Siskinds LLP, 2014, "Neonicotinoid in Class Actions," <http://www.siskinds.com/neonicotinoid/>.
32. European Food Safety Authority, "ESFA identifies risks to bees from neonicotinoids," 16 January 2013, <http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/130116.htm>.
33. Health Canada, 2014, "Update on Neonicotinoid Pesticides and Bee Health."
34. Government of Ontario, 2016, "Pollinator Health," <https://www.ontario.ca/page/pollinator-health>.
35. Susan Mann, "Ontario stands firm on neonic regulations," Better Farming, 8 January 2016, <http://www.betterfarming.com/online-news/ontario-stands-firm-neonic-regulations-61218>.

36. Health Canada, 2016, "Re-evaluation Note REV2016-05, Re-evaluation of Imidacloprid-Preliminary Pollinator Assessment," [http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pest/part/consultations/\\_rev2016-05/rev2016-05-eng.php#s2](http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pest/part/consultations/_rev2016-05/rev2016-05-eng.php#s2).
37. WHO, "IARC Monographs Volume 112: evaluation of five organophosphate insecticides and herbicides," International Agency for Research on Cancer (IARC), 20 March 2015, <https://www.iarc.fr/en/media-centre/iarcnews/pdf/MonographVolume112.pdf>.
38. Health Canada, "Proposed Re-evaluation Decision PRVD2015-01, Glyphosate," Pest Management Regulatory Agency, last modified 6 June 2015, [http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pest/part/consultations/\\_prvd2015-01/prvd2015-01-eng.php](http://www.hc-sc.gc.ca/cps-spc/pest/part/consultations/_prvd2015-01/prvd2015-01-eng.php).
39. Brent Patterson, "EU food safety commissioner doesn't see majority support for TTIP in national parliaments," Council of Canadians, 21 January 2015, <http://canadians.org/blog/eu-food-safety-commissioner-doesnt-see-majority-support-ttip-national-parliaments>.
40. Health Canada, 2013, "Proposal to amend the List of Maximum Residue Limits (MRLs) for veterinary drugs in foods," <http://www.hc-sc.gc.ca/dhp-mps/vet/mrl-lmr/2013-2-prop-eng.php>.
41. Michael T. Roberts, 2016, *Food Law in the United States*, Cambridge University Press, 188.
42. Health Canada, 2013, "Proposal to amend the List of Maximum Residue Limits (MRLs) for veterinary drugs in foods."
43. "The EU vs. Canada: Fixing factory farms by granting 'The 5 freedoms'," Diplomat & International Canada, September 30, 2013.
44. Clive James, 2010, "Bio-tech Crop Countries and Mega-Countries, 2010" in *Report on Global Status of Biotech/GM Crops*, International Service for the Acquisition of Agri-biotech Applications (ISAAA), slide 8, <http://www.isaaa.org/resources/publications/briefs/42/ppts/slides/default.asp>.
45. Health Canada, "Frequently Asked Questions: Biotechnology and Genetically Modified Foods," last modified 26 November 2015, [http://www.hc-sc.gc.ca/fn-an/gmf-agm/fs-if/faq\\_1-eng.php#p3](http://www.hc-sc.gc.ca/fn-an/gmf-agm/fs-if/faq_1-eng.php#p3)
46. Ibid.
47. European Commission, "Traceability and labelling," last modified 17 February 2016, [http://ec.europa.eu/food/plant/gmo/traceability\\_labelling/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/plant/gmo/traceability_labelling/index_en.htm).
48. OK Specialty Fruits, 2016, "Press Release: Arctic Apples Receive Canadian Approval," <http://www.okspecialtyfruits.com/press-release-arctic-apples-receive-canadian-approval/>.
49. Government of Canada, "Canada-European Union: Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA): Increasing Exports of Agriculture and Agri-Food Products," last modified 26 September 2014, <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/benefits-avantages/agriculture-agricoles.aspx?lang=eng>.
50. Food in Canada, "Health Canada to update food additive regulations," 9 November 2012, <http://www.foodincanada.com/food-business/health-canada-to-update-food-additive-regulations-84118/>.
51. Lisa Lefferts, 2015, "Canada's Proposal on Labelling Food with Added Colours: What's Needed & Why," *Centre for Science in the Public Interest*, [http://cspinet.org/canada/pdf/cspi-lisa-lefferts.food-dyes\\_health-canada-proposal.august5-2015.pdf](http://cspinet.org/canada/pdf/cspi-lisa-lefferts.food-dyes_health-canada-proposal.august5-2015.pdf).
52. Health Canada, "Health Canada review comments received on the proposed changes to current food colour labeling regulations for prepackaged foods," last modified 29 June 2011, [http://www.hc-sc.gc.ca/fn-an/consult/\\_feb2010-food-aliments-col/food-aliments-col-summary-sommaire-eng.php](http://www.hc-sc.gc.ca/fn-an/consult/_feb2010-food-aliments-col/food-aliments-col-summary-sommaire-eng.php).
53. Centre for Science in the Public Interest "The Science Linking Food Dyes with Impacts on Children's Behavior," 14 January 2016, <https://www.cspinet.org/fooddyes/Food-Dyes-Fact-Sheet.pdf>.
54. Lisa Lefferts, "Canada's Proposal on Labelling Food with Added Colours: What's Needed & Why."
55. Ibid.
56. Gov.UK, "Food labelling and packaging," last updated 11 March 2016, <https://www.gov.uk/food-labelling-and-packaging/food-and-drink-warnings>.
57. Ibid.
58. EUR-Lex, 2000, "The precautionary principle" EUR-Lex - I32042, last modified 21 September 2015, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=URISERV%3A132042>.
59. The Appellate Body refused to adjudicate whether the precautionary principle existed. See WTO, 2009, *European Communities—Measures Concerning Meat and Meat Products (Hormones)*, [https://www.wto.org/english/tratop\\_e/dispu\\_e/cases\\_e/ds26\\_e.htm](https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds26_e.htm).
60. Trans Atlantic Consumer Dialogue, 2016, "TACD Annual Forum 2016: The Precautionary Principle in TTIP," <http://tacd.org/tacd-annual-forum-2016-the-precautionary-principle-in-ttip/>.
61. Government of Canada, "29. Dialogues and Bilateral Cooperation," last modified 25 September 2014, <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/text-texte/29.aspx?lang=eng>.
62. Ibid.
63. Government of Canada, "Canada-European Union: Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)—Technical Summary of the Final Negotiated Outcomes (October 2013)," last modified 10 November 2014, <http://international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/understanding-comprendre/technical-technique.aspx?lang=eng>.
64. Ann Slater and Terry Boehm, 2014, "Agriculture," in *Making Sense of CETA*, Canadian Centre for Policy Alternatives, ed. Scott Sinclair, Stuart Trew and Hadrian Mertins-Kirkwood, 86-7, [https://www.policyalternatives.ca/sites/default/files/uploads/publications/National%20Office/2014/09/Making\\_Sense\\_of\\_the\\_CETA.pdf](https://www.policyalternatives.ca/sites/default/files/uploads/publications/National%20Office/2014/09/Making_Sense_of_the_CETA.pdf).
65. Daniela Vincenti, "MEPs approve national ban on GM crops cultivation," *EurActiv.com*, 13 January 2015, <http://www.euractiv.com/section/agriculture-food/news/meps-approve-national-ban-on-gm-crops-cultivation/>.
66. Karen Hansen-Kuhn, "Geographic Indicators," in *Making Sense of CETA*, 62.
67. Government of Canada, "Canada-European Union:

- Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)—Technical Summary of the Final Negotiated Outcomes (October 2013).”
68. AITEC. Le TAFTA avant l’heure - tout comprendre au traité UE-Canada. <http://aitec.reseau-ipam.org/spip.php?article1547>
69. Government of Canada “22. Intellectual Property,” in *Consolidate CETA Text*, last modified 25 September 2014, <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/text-texte/22.aspx?lang=eng#221>
70. Government of Canada, “Canada-European Union: Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA),” last modified 29 September 2014, <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/text-texte/26.aspx?lang=eng>.
71. AITEC. Le TAFTA avant l’heure : tout comprendre sur au CETA : [http://aitec.reseau-ipam.org/IMG/pdf/le\\_tafta\\_avant\\_l\\_heure\\_tout\\_comprendre\\_au\\_ceta.pdf](http://aitec.reseau-ipam.org/IMG/pdf/le_tafta_avant_l_heure_tout_comprendre_au_ceta.pdf)
72. Alessa Hartmann, Max Bank, Kenneth Haar, and Myriam Vander Stichele, “Regulatory co-operation” in *Making Sense of CETA*, 48.
73. Government of Canada, “Article X.03: Bilateral Cooperation on Biotechnology,” in “29. Dialogues and Bilateral Cooperation,” *Consolidated CETA Text*.
74. Caroline Handford, Christopher Elliott and Katrina Campbell, 2015, “A review of the global pesticide legislation and the scale of challenge in reaching the global harmonization of food safety standards: Global Harmonization of Legislation,” *Integrated Environmental Assessment and Management*, 11(4): 528.
75. *Ibid.*, 528.
76. AITEC. TAFTA avant l’heure : [http://aitec.reseau-ipam.org/IMG/pdf/le\\_tafta\\_avant\\_l\\_heure\\_tout\\_comprendre\\_au\\_ceta.pdf](http://aitec.reseau-ipam.org/IMG/pdf/le_tafta_avant_l_heure_tout_comprendre_au_ceta.pdf)
77. Cecilia Malmström, “TTIP: What consumers have to gain,” *European Commission*, 26 January 2016, [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/january/tradoc\\_154173.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/january/tradoc_154173.pdf).
78. European Commission, “The ‘hormone’ case: background and history,” WTO Dispute Settlement and Appellate Body Findings, 24 May 2000, [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2003/november/tradoc\\_114718.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2003/november/tradoc_114718.pdf).
79. Government of Canada, “Article 2.7” in “14. Domestic Regulation,” in *Consolidated CETA Text*, last modified 25 September 2014, <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/text-texte/14.aspx?lang=eng>.
80. Government of Canada, “26. Regulatory Cooperation,” in *Consolidated CETA Text*, last modified 25 September 2014, <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/text-texte/26.aspx?lang=eng>.
81. Hartmann et al., “Regulatory Co-operation,” in *Making Sense of CETA*, 48.
82. Jane Matthews Glen, 2010, “The Coexistence of Genetically Modified and Non-genetically Modified Agriculture in Canada: A Courtroom Drama,” in *The Regulation of Genetically Modified Organisms: Comparative Approaches*, ed. Luc Bodiguel and Michael Cardwell, Oxford University Press.
83. Ellie Gould, “Domestic Regulation,” in *Making Sense of CETA*, 42.
84. Nathalie Bernasconi-Osterwalder and Howard Mann, 2014, “A Response to the European Commission’s December 2013 Document ‘Investment Provisions in the EU-Canada Free Trade Agreement (CETA),’” *International Institute for Sustainable Development*, 2, [http://www.iisd.org/pdf/2014/reponse\\_eu\\_ceta.pdf](http://www.iisd.org/pdf/2014/reponse_eu_ceta.pdf).
85. Government of Canada, “Article 28.3. General Exceptions,” in *CETA Final Text*, last modified February 2016, [trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/February/tradeoc\\_154329.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/February/tradeoc_154329.pdf).
86. Bernasconi-Osterwalder and Mann. “A Response to the European Commission’s December 2013 Document ‘Investment Provisions in the EU-Canada Free Trade Agreement (CETA),’” 4.
87. *Ibid.*, 4, cited in Ellie Gould, “Domestic Regulation,” *Making Sense of CETA*, 46.
88. Jean-Christophe Bureau, Anne-Célia Disdier, Charlotte Emlinger et al., 2014, “Risks and Opportunities for the EU Agri-Food Sector in a Possible EU-US Trade Agreement,” European Parliament Directorate-General for Internal Policies, Policy Department B, Structural and Cohesion Policies, 12 [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/514007/AGRI\\_IPOL\\_STU\(2014\)514007\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/514007/AGRI_IPOL_STU(2014)514007_EN.pdf).





Mit Unterstützung durch



300-251 Bank Street  
Ottawa, ON, K2P 1X3  
1-800-387-7177  
canadians.org



Juli 2016